

Nachhaltigkeit - auch nur mal so eine Philosophie

Ein Essay aus Anlass der Dortmunder politisch-philosophischen Diskurse 2017 zum Thema „Nachhaltigkeit. Regional National - International“
TU Dortmund am 10.11.2017

Prof. Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär Nachhaltigkeitsrat

Philosophieren

Dieses Essay argumentiert politisch, nicht geisteswissenschaftlich. Wenn es dennoch zu „philosophieren“ beginnt, dann nicht aus Referenz vor den Veranstaltern, wie wohl dies allein natürlich ein guter Grund wäre. Nein, der Grund ist: Man würde gerne mehr wissen über die Philosophie der Nachhaltigkeit. Wenn von Nachhaltigkeit die Rede ist, provoziert das häufig das Abtuende „noch so eine Philosophie“. Gehen wir einmal davon aus, dass das immerhin noch eine milde gestimmte und freundlich gemeinte Skepsis ausdrückt, und kein hinterhältiges und lobbyistisches Ignorieren oder Leugnen der anthropogenen Klimaveränderung. Was drückt es dann aus? Nur eine generelle Abneigung gegen loses Herumphilosophieren auf Kalenderblättern, die Küchen-Weisheiten als philosophische Lebensweisheiten preisbieten? Mag sein, gegen diese Abneigung wäre nicht viel zu sagen. Meine Frage ist aber, ob sich dahinter nicht doch mehr verbirgt? Ich vermute dies. Könnte es nicht sein, dass sich hier eine unerfüllte Erwartung äußert? Man erwartet eine Erklärungsleistung, einen orientierenden Hinweis darauf, wie es mit der modernen Welt weitergeht, mit den großen Fragen des Woher und Wohin. Einen empirisch gesicherten Beleg habe ich nicht zur Hand, und insofern starte ich mit dem Eingeständnis, dass ich nur einer Vermutung nachgehe.

Sie mag vor-wissenschaftlich anmuten. Sie ist es indessen nicht. Denn sie führt uns direkt hinein in das Verhältnis von Mensch und Natur. Es geht um Interpretation und Veränderung, um die Idee des Fortschritts, um die Freiheit zur Verantwortung in einer strukturierten Gesellschaft. Es geht um die Fehlbarkeit menschlicher Vernunft, das ist zu diskutieren angesichts von pfadabhängigen Super-Risiken. Und schließlich auch: Es geht um die Chancen, die ergriffen werden könnten, um Antworten zu geben, Motivation zu erzeugen und Perspektiven aufzuzeigen. Es geht also um

Zukunft. Da kann man ganz grundsätzlich skeptisch bis auch pessimistisch sein, ob der Menschheit oder welchem ihrer Teile das Überleben gelingt. Grundsätzlich kann man sich dieser Frage auch mit einer realistisch-optimistischen Grundhaltung nähern und Chancen ausmessen.

Auf jeden Fall aber ist die Rolle der Wissenschaften nicht trivial. Schon im Binnenverhältnis der Wissenschaften zueinander (wahlweise: gegen einander oder miteinander) ist Nachhaltigkeit eine anspruchsvolle Herausforderung. Umso mehr ist sie dies an der Schnittstelle von Wissen und Politik. Und wo hat die Philosophie noch ihren alten Platz als Problemwissenschaft? Früher war es ein Kennzeichen der Philosophie, wissenschaftliche Fragestellungen als eigenständige Disziplinen abzuspalten: Mathematik, Naturwissenschaften, zuletzt Psychologie, Pädagogik, Kulturwissenschaften. Heute ist das nicht mehr so. Im Gegenteil, sind es heute nicht ganz andere Disziplinen, die im fortwährenden Gespräch mit der Öffentlichkeit stehen und wichtige Beiträge zum Verständnis der Zeitgeschichte liefern? Haben sie die Rolle der Philosophie übernommen? Als Kandidat drängen sich die Erdsystemwissenschaften auf. Komponiert aus Meteorologie, Chemie, Physik, Geophysik und Geologie, und vor allem auch aus den Lebenswissenschaften, zu denen auch die Ökologie gehört, sind sie die Geburtshelfer von neuem Denken an der Schnittstelle von Politik und Wissen, Wirtschaft und Verantwortung. Die Klimaforschung ist das prominente Beispiel. In der Bodenforschung müssen in ähnlicher Weise Bodenkunde, Toxikologie, Geohydrologie, Biologie und Chemie zusammenwirken, um komplementäre Beiträge aus den Rechtswissenschaften, der Planung und der Ökonomie zu erwirken. Mehr oder weniger alle Wissensdisziplinen müssen sich heute der Aufgabe stellen, Exzellenz nicht nur in der Kernkompetenz ihres Feldes zu sichern (und zu honorieren), sondern diese auch im komplexen Miteinander bei inter- und transdisziplinären Fragen zu beweisen (wobei jedoch insbesondere das Honorieren noch fehlt). Daran bemisst sich Zukunftsfähigkeit.

Zukunft

Wer Zukunft sucht, findet sie nirgendwo sonst als in der Gegenwart. Wo anders mag sie zwar oft vermutet und analysiert werden, zum Beispiel in Visionen, Szenarien, Modellen und Interpolationen; aber in aller Regel findet man so nur Echos des Vergangenen. Dort ist Zukunft mutlos. Wild, nah und fassbar ist die Zukunft nur im Augenblick. Dort beginnt sie; nirgendwo sonst.

Nun soll die Zukunft, bitte schön, eine nachhaltige sei. Das, so wird mir oft vorgehalten, mache das ohnehin komplizierte Zukunftsproblem noch komplexer und sei gar „überkomplex“. Das ist falsch. Im Gegenteil ist es so, dass Komplexität ein Problem besser lösbar macht, jedenfalls ein politischer Sachverhalt, auf den sich ja die Forderung bezieht. Die Wissenschaft geht anders mit solchen Problemen um. Wissenschaftler schneiden große Probleme auf handhabbare Größe zurück. Sie reduzieren Komplexität, um die Einzelstücke bearbeiten zu können. Das ist nicht ohne Ausnahme, aber es ist in der großen Mehrzahl der Fälle wissenschaftspraktische Routine. Politiker gehen anders vor. Bei völlig zerstrittenen Problemfällen erweist es sich oft als zweckmäßig, den Denk- und Handlungsrahmen auszuweiten (und das Problem so zu „vergrößern“), in dem man längere Zeiträume, weitere Aspekte und Akteure berücksichtigt. Letztlich will man die Optionen für Handlungen und Kompromisse vermehren. Wegen dieser unterschiedlichen Denkweisen verstehen

sich Wissenschaft und Politik oft nicht. Gleichzeitig aber ist dieser Unterschied ein fruchtbarer Grund für Innovation, Alternativen und neues Denken - etwas, das in der Nachhaltigkeit so notwendig ist wie sonst kaum in anderen Politikbereichen.

Die Menschheit wächst (numerisch), die Wirtschaft wächst (numerisch), die anthropogene Veränderung der Umwelt wächst (tatsächlich materiell). Die Mobilität der Menschen steigt, Fernreisen sind für immer mehr Menschen Normalität, und kein „einmal im Leben“. Der Sonntagsbraten ist im Meer des gewöhnlichen Billigfleisches untergegangen. Passives Abwarten verstärkt Krisen und schmälert die Chancen auf Nachhaltigkeit. Das ist, was heute weltweit droht, wäre da nicht auch eine Gegenbewegung. Ein Abriss, ebenso fokussiert wie unvollständig (und daher wohl auch ungerecht).

Umweltpolitik als Schlüssel für Zukünfte

Seit den 70er Jahren gibt es eine Umweltpolitik im modernen Sinne. Auf lange Sicht wechselte sie Adressaten und Absender, blieb aber immer auf die Zukünfte des Andersmachen, Bessermachen, Verändern ausgerichtet. Zu Beginn der 70er Jahre war sie vor allem eine staatliche Leistung. Der Staat legte mit die Prinzipien fest: Verursacher sollten zahlen, Gefahren ist vorzusorgen und die Akteure (am Markt, in der Gesellschaft) sollten kooperieren. Die ersten Umweltgesetze wurden erlassen. Umweltschutz rückte vom Muster des nur peripheren Eingriffes z.B. durch Gewerberecht in den Mittelpunkt der Ordnungspolitik. Internationalität war von Anfang an mitgedacht.

Nichts geht jemals ohne Gegenbewegung und Rückschläge. Die legislative Periode war noch nicht abgeschlossen, umweltpolitische Institutionen wie namentlich das 1974 eingerichtete Umweltbundesamt erst im Aufbau, da zog das bundesdeutsche Kabinett in einer Sondersitzung im Schloss Gymnich die Bremse an. Sie gab der Wirtschaft eindeutigen Vorrang und schnitt „Umwelt“ auf das zurück, was dem Wirtschaftsstandort nach damaligem Verständnis nicht schadete. Das war nicht viel. Von einer Umweltindustrie, von Unternehmen, die sich dem nachhaltigen Wirtschaften verschrieben, war damals weit und breit noch nichts zu sehen. Die Ölkrise von 1973 führt somit nicht in eine Welt des erweiterten Umweltschutzes. Sonntagsfahrverbote erreichen nicht die erhoffte Symbolwirkung und bleiben ohne Wirkung auf die Verkehrspolitik. Die Reaktion auf die Ölkrise bewirkt eine lange Zeit der umweltpolitischen Lähmung. Begleitet wird der Reformstau zwar von heftigsten Bürgerprotesten gegen Kernenergie und viele überdimensionierte Verkehrsprojekte. Allerdings verdeckt die bleierne Folgezeit des „Deutschen Herbstes“ den umweltpolitischen Reformwillen fast vollständig bis dieser dann zum Ende der sozialliberalen Regierung im regierungsnahen Diskurs um das so genannte Ökologische Aktionsprogramm und in der Partei Die Grünen aufbrach, beides allerdings noch ohne jede systematische Wirkung.

Die erste UN Umweltkonferenz fand 1972 in Stockholm statt. Sie startet die Umweltdiplomatie, die allerdings noch Jahrzehnte brauchen würde, um wichtige internationale Umweltabkommen zu schließen. Für das Erste verfestigt Stockholm das Verständnis, dass Umweltschutz die Aufgabe reicher Eliten, vulgo: des Nordens und Westens, ist. Der Süden sei ausschließlich in der Opferposition. International herrscht fortan zum Thema Umwelt und Wirtschaft sprachloser

Stillstand zwischen Nord und Süd sowie Osten und Westen. Das einzige, worauf man sich einigte, war, dass man darüber reden müsse. Die Vereinten Nationen beauftragten verschiedene Kommissionen, deren bekannteste, die Brundtland Kommission, auch deren erfolgreichste war. Sie schuf eine ideelle Klammer zwischen Umwelt und Wirtschaft, zwischen Partikularinteressen und Menschheit, zwischen Gegenwart und Zukunft. Bis zur Etablierung von Mechanismen für wirkliche politische Entscheidungen zur nachhaltigen Entwicklung sollte es allerdings noch Jahrzehnte dauern. Vorerst folgten Konferenzen auf Konferenzen. Viele als Selbstzweck, manche durchaus mit Ergebnissen, alle nach dem Muster „Fortsetzung folgt“. Unterdessen veränderte sich die Realität.

Der so genannte Erdgipfel, die Weltkonferenz über Entwicklung und Umwelt 1992 in Rio de Janeiro, ist direkte Folge des Brundtland - Aufrufes. Sie stand unter dem Zeichen des Aufbruchs. Nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges glaubte man an eine Friedensdividende und legte erste Strukturen für eine Weltnachhaltigkeitspolitik fest. Zu früh und zu unvollständig, wie sich bald herausstellte. Die Klimapolitik lief mit dem Kyoto-Abkommen in eine erste Sackgasse. Der abstrakt gesehen sicherlich ideale Handel mit Emissionszertifikaten bleibt dauerhaft seinen Erfolg schuldig. Die lokalisierte Umsetzung der weltweiten Agenda („Lokale Agenda 21“) verlief nicht so wie von vielen Aktiven erhofft. Stattdessen schwang sich zunächst von der Agendapolitik ziemlich unbemerkt der neoliberal geprägte Typ von Globalisierung zur dominierenden Größe auf. Er tauscht quantitatives Wirtschaftswachstum gegen die politische Verantwortung. Diese Art von Globalisierung verhärtet die politischen Fronten zwischen Nord und Süd, zwischen Gewinnern und Verlierern der spezifisch globalisierten Wirtschaftsabläufe. Eine gemeinsame Verantwortung etwa dem Erdklima oder der Erhaltung der Ozonschicht gegenüber ist nur auf der Basis unterschiedlicher Zahlungsbereitschaft verhandelbar. Diese Haltung blieb relativ unverändert bis die Vereinten Nationen im Jahre 2015 die weltweiten Nachhaltigkeitsziele als universelle, also im Norden wie im Süden anzuwendende Ziele verabschiedeten. Als historisches Aperçu muss der historische Zeitpunkt gelten, zu dem der Nachhaltigkeitspolitik der Durchbruch bei den Vereinten Nationen gelang. Die VN etablieren die Agenda 2030 mit ihren Nachhaltigkeitszielen zeitgleich zum Aufkündigen des multilateralen Politikprinzips durch die USA. Den VN gelingt die Verbindung zwischen Umwelt, Abrüstung und Friedenspolitik sowie guter Regierungsführung zeitgleich mit dem Ansteigen regionaler kriegerischer Konflikte und ihrer immer größer werdenden Tragweite.

Es ist die Philosophie der Global Commons im Sinne einer gemeinsamen Daseinsvorsorge, die noch nicht einmal systematisch aufgebaut und verstanden - immer wieder von der politischen Realität praktisch herausgefordert wird. Man könnte vermuten: Das philosophisch Unvollständige beweist hieran seine Kraft.

In Deutschland war es indessen nicht anders. Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl zeigte der Demokratie die Gewalt entgrenzter Risiken auf, auf die eine politische Antwort fehlte. Das Waldsterben (ja, es war ein zutreffender Begriff, obwohl kein Wald wie plakatiert gestorben ist), der „Schadstoff des Monats“, die Altlasten in Böden und Grundwasser stellen die Umweltpolitik auf eine erste echte Nagelprobe. Das Gesetz zur Kreislaufwirtschaft weist Abfall einen ökonomischen Wert zu und ersetzt die alte Haltung des „Wegwerfen und Vergessen“, jedenfalls im Konzept. Die Energiepolitik startet den Mechanismus, den Bau Erneuerbarer Energieanlagen außerhalb des Haushalts zu fördern.

Umweltpolitik zeitigt Erfolge. Brennende Deponien und die sprichwörtlichen Abfallberge sind passé. Die Kraftwerke laufen weitgehend ohne die Emission von Schwefel, Stickoxiden und Staub. Blei wird nicht mehr im Blut spielender Stadtkinder angereichert. Das Waldsterben ist ausgeblieben. Klärschlamm wird nicht mehr in der Nordsee verklappt. Industrielle Altflächen können dekontaminiert und wiedergenutzt werden. Die Naturschutzflächen sind stark erweitert; wichtige Großtiere werden wieder ansässig, die Aufzählung ist unvollständig, aber signifikant. Denn keiner dieser Erfolge ist politisch meinungsbildend. Im Gegenteil, die verblassen gegenüber den verbleibenden und ergänzend sich stellenden Aufgaben. Die Umweltpolitik verbindet die eigentlichen Antipoden Staat und Verbände (Bewegung) zu einer teils ungewollten, teils angestrebten Interessengemeinschaft. Die Haltung, den erreichten Stand im Zweifelsfall lieber zu sichern und zu verteidigen, überwiegt zuweilen den Mut, etwas Neues auszuprobieren. Es bei immer zuverlässigen, bewährten Gegnerschaften zu belassen, erscheint zuweilen zweckmäßiger als das Risiko, das in neuen Allianzen steckt.

Als Politik eines einzigen, zuständigen Ressorts hat sich die Umweltpolitik im eigenen Zuständigkeitsbereich bewährt. Das lässt sich alleine schon am gesteigerten Budget des Umweltressorts ablesen. Noch einleuchtender und farbiger wird dies, wenn man die internen Abläufe innerhalb der Institutionen der Umweltpolitik sieht wie sie von Insidern wie Prof. Dr. Edda Müller geschildert werden. Aber an dem Anspruch, weit über diesen Handlungsrahmen hinaus wirksam zu werden und die Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit zu transformieren, scheitert dieses Prinzip.

Nachhaltigkeitspolitik

Heute erlebt die Politik in den letzten zehn Jahren Zerreißproben wie wir sie bisher nicht kannten. Geopolitische Konflikte und Armut treiben Millionen Menschen Richtung Europa. Sie hoffen auf ein besseres Leben. Aber die Zuwanderung entzweit Europa und bringt die Gesellschaft an Grenzen. Auf die Führung der USA ist kein Verlass mehr. In Afrika zerfallen Staaten. Der Arabische Frühling endet im Terror. Die Digitalisierung und neue Märkte destabilisieren, ohne der Innovation eine Bahn zu geben. Umweltschäden, soziale Schieflagen, Terroranschläge, Tod und Zerstörung: Nichts ist in Ordnung. Doch zugleich verfügen wir heute über mehr und bessere Ideen und Nachhaltigkeitsstrategien, mit denen Unternehmen, Städte, Vereine und Institutionen auf diese Herausforderungen reagieren. Menschen übernehmen Verantwortung. Die Nachhaltigkeitspolitik macht stark, was zu oft an den Rand gedrängt war. Sie würdigt Leistungen, wo bisher nur misstrauisches Meckern war. Sie ermutigt Aktionen, wo man bisher nur an Erziehung und Zwang dachte. Sie fördert das faire und kritische Miteinander, wo man bislang nur übereinander redete. Sie zeigt Wege und Richtungen und schafft Dialog. Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis etabliert eine Kultur der Anerkennung. Respekt für Erfolg und Engagement lässt von beidem noch mehr entstehen. Wer Erfolge teilt, der vermehrt Leistung. Unternehmen mit erfolgreichem Nachhaltigkeitsmanagement zeigen realistisch an, wie weit entfernt noch das Gro der Wettbewerber ist und dass Nachhaltigkeit alles andere als trivial ist. Selbstbewusste Bürgermeister und Stadtgesellschaften bringen ihre Städte auf Erfolgskurs, egal ob die Kassen knapp sind oder gut gefüllt. Sie zeigen, dass es um Haltung, Beteiligung und Ideen geht, die in der Lebenswirklichkeit

der Menschen ankommen. Als politischer Begriff steht Nachhaltigkeit für die Kraft des Gedankens, den eigenen Erfolg dort zu suchen, wo Mensch und Umwelt gemeinsam gewinnen.

Trotz allem: Noch geht die Empirie andere Wege: Noch steigen die Emissionen von Treibhausgasen in Deutschland und weltweit. Noch nimmt der Schwund an Arten und Biodiversität zu. Noch steigern wir den Überkonsum. Noch werden immer mehr Nahrungsmittel ungebraucht weggeworfen. Noch verhindern wachsende Bodenpreise die sozialökologischen Alternativen. Noch dominieren Partialinteressen und Raubbau.

Der Ruf nach einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik wird immer stärker. In der Lebenswirklichkeit vieler Menschen ist die Idee der Nachhaltigkeit heute angekommen. Das ist durchaus ambivalent. Sie ist vielfach noch nicht handlungsleitend, aber sie ist auch kein reines Spezialistenthema mehr. Deutschlands Nachhaltigkeitsstrategie setzt auf die gemeinsame Verantwortung aller Bundesressorts, die das Bundeskanzleramt koordiniert und der es Struktur und Gesicht gibt. Die Platzierung der Verantwortung an der Regierungsspitze steht im Kontrast zur Governance der 90er Jahre, bei der alle Verantwortung für die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung im Umweltministerium gebündelt werden sollte - woran die damalige Nachhaltigkeitsstrategie letztlich scheiterte.

In New York beschlossen alle Staaten 2015, wie oben angesprochen, eine neue, erstmals gemeinsame Agenda mit Nachhaltigkeitszielen, die jedes Land bis 2030 erreichen soll. Deutschland setzt diesen Beschluss mit der Nachhaltigkeitsstrategie als einer der ersten Staaten um.

Deutschland baut dabei auf Erfahrungen mit der 2002 erarbeiteten, ersten Nachhaltigkeitsstrategie auf. Schon damals setzte die Regierung auf eine Empfehlung des Nachhaltigkeitsrates, die dazu ermutigte, Nachhaltigkeit nicht als reines Programm oder als abstrakte Leitlinie zu beschließen, sondern es anhand von quantifizierten und konkreten Einzel-Zielen zu beschreiben. Was heute normal erscheint, war damals ungewöhnlich. Viele Politiker verwechselten quantifizierte Ziele mit sozialistischen Planvorgaben und lehnten das Konzept ab. Heute ist die Idee von allen akzeptiert, die Politik zur nachhaltigen Entwicklung machen wollen.

Nachhaltigkeit ist nicht die Luxusausgabe von „Umwelt plus“. Im Gegenteil, strategische Nachhaltigkeitspolitik ist Voraussetzung für erfolgreiche Ressortpolitik, sei es zum Schutz der Umwelt, zur Förderung des Mittelstandes oder zur Vermeidung von Verkehrsinfarkten. Immer vorausgesetzt allerdings, dass Politik eine Idee des Ganzen hat und vermitteln kann und dass sie vom Wohin und Wozu wenigstens eine diskursfähige Vorstellung hat. Ich überlasse es an dieser Stelle dem Auge des Betrachters, ob und inwieweit dies der Fall ist; ob und inwieweit die Wissenschaften hierzu wesentliche Beiträge liefern.

Ist das Anthropozän auf unserer Seite?

Das ist noch nicht entschieden. Noch döst das Anthropozän im akademischen Diskurs. Der Begriff Anthropozän kommt aus der Wissenschaft. Er signalisiert, dass der Mensch die Natur ähnlich tiefgreifend verändert wie das bisher allein geologische Kräfte konnten. Noch döst das Anthropozän im akademischen Design. Noch diskutiert die Geologie darüber. Aber die Öffentlichkeit ist längst entschieden. Sie „weiß“ um die Entgrenzung von Lebensbereichen, mit den entgrenzten Risiken von Technologien, auch wenn das Wissen oft mehr gefühlt und empfunden ist. In Gegenwart von

Konzepten zur „Düngung von Ozeanen“, zur Kühlung der Erdatmosphäre oder zur Speicherung von Milliarden Tonnen Kohlenstoff, angesichts des Geoengineering und der planetaren Grenzen, erscheint das „Anthropozänische“ als kühnes Konzept. Angesichts von Wasserstoffbomben, Plutonium-Maschinen und BigMacs mutet es denn aber doch fast behaglich und beruhigend an. Suggestiert der Begriff nicht doch eine Souveränität des Menschen, die eben gerade fraglich ist?

Die Diskussion um ökologische Grenzen führt vielleicht auch deshalb bislang nicht zu den erwünschten Konsequenzen. Oft ist sogar das Gegenteil der Fall. Die so dringende Frage der ökologischen Belastbarkeit und der nachhaltigen Entwicklung bleibt selbstreferentiell. Innerhalb der Echokammer geht es dann recht munter zu, außerhalb vernimmt man nichts. Außerhalb stellen die Steuergerechtigkeit und der europäische Ausgleich immer öfter die Frage nach der Leistungsfähigkeit des Gesellschaftssystems. Wer hat eigentlich die Macht und den Vorrang, der Staat oder die reichen Eliten, die Verteilungssouveränität der Demokratie oder die synthetisierten Geld-Milliarden? In diesen Debatten kommt das Thema Nachhaltigkeit nicht vor. Zu Unrecht, wie ich meine. Denn eine nachhaltige Entwicklung bietet sowohl die ökologischen, aber eben auch die ökonomischen und sozialen Perspektiven, die ein modernes Gemeinwesen braucht. Das erklärt die jüngste Geschichte der Nachhaltigkeitspolitik. Sie wird üblicherweise anhand von Konferenzen und publizierten Büchern sowie von Rechtsakten erzählt: Vom „Silent Spring“ über die „Limits to Growth“ bis zur ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm. Von den ersten Umweltgesetzen der 70er Jahre, die doppelte Überlagerung des Ost-West- und des Nord-Süd-Konflikts, den Bericht der Brundtland-Kommission 1987, den Rio-Gipfel 1992 bis hin zum erneuten Rio-Gipfel 2012 und zur Agenda 2030 und zum VN-Beschluss über die Sustainable Development Goals 2015.

Auslassung und fehlende Muster

Diese Meilensteine sind für den Kenner eindrucksvoll, bleiben aber auch irgendwie wenig greifbar. Sie sind nicht so recht verbunden mit den Veränderungen in der Realität, die viel wirksamer und spürbarer in ökonomische und soziale Verhältnisse eingreifen. Sie reduzieren Geschichte auf Insider-Geschichten. Womöglich legen sie den falschen Eindruck nahe, als sei alles wie absichtsvoll und „logisch“ aufgefädelt. Das suggeriert Folgerichtigkeit oder innere Logik. Und genau darauf ist meines Erachtens kein Verlass. Gerade die Geschichte der Nachhaltigkeitspolitik hält Elemente bereit, die hieran Zweifel säen. Bestimmte Wegmarken sind deshalb interessant, weil an ihnen gerade das Normale, das bisher Übliche, nicht weitergeführt wurde. Das Weglassen und die fehlenden Geschichten werfen interessante Perspektiven auf. An ihnen geht man vorbei, wenn die Geschichte der Nachhaltigkeit nur als Aufzählung von Konferenzen, Gesetzen und Skandalen erzählt wird. Einige Beispiele mögen dies illustrieren:

- Die World Commission on Environment and Development, dt. auch kurz: Brundtland Kommission, folgte nicht dem Muster der zuvor tätigen Kommissionen. Kein „elder statesman“, sondern eine amtierende Ministerpräsidentin, die sich ganz anders vor ihren Wählern legitimieren muss, leitete die neue Kommission. Gro Harlem Brundtland folgte nicht dem damals üblichen Arbeitsmodus solcher Kommissionen und ergänzte die Treffen in abgeschirmter Arbeitsatmosphäre durch Vorort-Gespräche und -Treffen mit Menschen

aus den Krisenzentren der damaligen Welt. In diesem Augenblick befreite sie das „Wissen für den Kommissionsbericht“ aus dem Engpass wissenschaftlicher Schulen. Wissen war nicht mehr nur das erstarrte Ergebnis wissenschaftlicher Methoden, sondern auch die anschauende Kenntnis von Menschen und von Lebenswirklichkeiten.

- Die Erarbeitung der Sustainable Development Goals folgte nicht dem ausgetretenen Pfad. Keine reine Expertengruppe erarbeitete sie wie dies noch bei den Millennium Goals 2000 der Fall war. Jene wurden von Experten im Auftrag der VN vorgeschlagen und vom VN Generalsekretär verkündet. Jetzt traten vielmehr die Mitgliedsstaaten selbst an und installierten Regierungsverhandlungen, die die SDG erstellen sollten. Das ändert viel. Die Anwendung der Sustainable Development Goals liegt nicht primär bei den multilateralen Organisationen worauf der Johannesburger Erdgipfel 2002 noch als selbstverständliche Grundlage ausgerichtet war. Vielmehr „gehört“ die Implementation in die Verantwortung der Nationalstaaten.
- Das definiert das multilaterale Zusammenwirken neu (jedenfalls sollte es das und muss es das auch gegen die Gewohnheiten bilateraler Zusammenarbeit zwischen Staaten und gegen lieb gewonnene Privilegien). Das legt den Keim für eine Neupositionierung der Vereinten Nationen, die aus vielerlei Gründen überfällig ist. Die Agenda 2030 setzt nicht ausschließlich auf multilaterale Abkommen, sondern auf das Momentum der nationalen Aktion und der zwischenstaatlichen Absprache (Partnerschaften). Sie wird in intermediären Gruppen vorangetrieben wie z.B. den Partners for Review, durch den zwischenstaatlichen Austausch (blended learning, Peer learning mechanism) und bei den Stakeholdern (Open SDGclub.Berlin).
- Gro Harlem Brundtlands Kommission folgt nicht mehr dem (Schein)Gegensatz von Umwelt versus Wachstum, Gerechtigkeit versus Verteilung. Ihm setzt sie den Gedanken einer gemeinsamen Zukunftsverantwortung entgegen. Sie folgt nicht mehr dem regelmäßigen Politikmodell, auf Probleme mit Maßnahmenvorschlägen zu reagieren. Sie reagiert vielmehr mit einem Diskursmodell, genannt Nachhaltigkeit. Das eröffnete neue politische „Möglichkeitsräume“. Aber der Vollständigkeit halber sei auch erwähnt, dass Brundtlands Definition von Nachhaltigkeit auch in einem wichtigen Element des alten Systemdenkens hängen bleibt. Dies sei hier kurz umrissen: Die Brundtland Definition verbindet Gegenwart und Zukunft mit dem Verb riskieren. Dieses Verb ist der einzige dynamische Teil der Definition. Aus dem Zeitgeist der 80er Jahre ist dies überaus verständlich. Als in Tschernobyl der Reaktor zerbarst, hatte die Brundtland Kommission noch ein ganzes Jahr zu arbeiten. Ulrich Beck traf mit seiner Analyse der Risikogesellschaft den Nagel auf den Kopf. Aus heutiger Sicht webt das Risiko-Element der Nachhaltigkeitspolitik einen abwehrend - defensiven Kern ein. Das Politikverständnis neigt sich dadurch immanent eher dem Verhindern und Abwehren zu als dem Schaffen und Gestalten von Chancen und Möglichkeiten - allerdings ohne diese Vorentscheidung und ihre eventuell einschränkende Implikation überhaupt zu thematisieren.

Gegenwart als unfertige Zukunft

Die Politik gewinnt der Gegenwart in aller Regel das Unangenehme (und daher zu Verbessernde) ab, während sie sich gerne aus der Vergangenheit das Angenehme als Rechtfertigung zu Grunde legt. Es ist also eine Frage der Perspektive. Wahrnehmung ist oftmals durchaus verzweckte Wahrnehmung. Dass wir die Zukunft nicht kennen können, stimmte die längste Zeit und schrammt nur knapp am trivialen Allgemeinplatz vorbei. Zukunft ist von Unwissen und Freiheit verschleiert. Handeln, aktiv Maßnahmen ergreifen oder bewusst nichts tun - das alles geschieht in der Gegenwart und nie in der Zukunft. Zukunftspolitik ist in diesem Sinn nichts Fernliegendes und Aufschiebbares, sondern Politik an einer unfertigen Gegenwart.

Waffen, Macht und technische Fähigkeiten machen die Umwelt in früher ungeahntem Maße manipulierbar, möglicherweise sogar den Menschen in seiner natürlichen Beschaffenheit. Und letztlich ist der Planet selbst nicht zu ersetzen. Die Botschaft der Rede vom Anthropozän ist die Begrenzung des zweiten Versuchs. Die Menschheit hat nur den einen Versuch, den Wohlstand von allen Menschen auf dem einen Planeten auf Dauer so gestalten, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben.

Als Pioniere des Nachhaltigkeitsgedankens sind Ernst Dietrich von Zanthier und Carl von Carlowitz fast aseptische Idealfiguren. Vor rund 300 Jahren führten sie das Prinzip, nachhaltig zu wirtschaften, in die damalige Forstwirtschaft ein. Noch nicht so ausdifferenziert wie heute, forderte es ganz einfach, dass nicht mehr Holz einzuschlagen sei als auf natürliche Weise nachwächst. Das scheint trivial, war es damals aber keineswegs. Ein unregelmäßiger Einschlag von Holz war damals das Normale. Holz wurde in großen Mengen für den Bergbau und die Verhüttung von Erz benötigt. Es war die entscheidende Ressource zur Gewinnung von Reichtum. Den Nachschub von Holz sicherzustellen war das damalige Einmaleins der Volkswirtschaft, also in einem Schritt das, was heute durch DAX, Digitalisierung, Schuldenbremse und Ausbildungsquote ausgedrückt werden soll. Eine Holzkrise, von der damals viel die Rede war, war wie eine Krise der Gesellschaftsidee.

Das Stichwort „nachhaltig“ war damals wie heute ein Angriff auf den Ist-Zustand der Welt. Keine Revolution wie wir sie aus der Geschichte kennen, aber doch ein massiver Einschnitt. Wir wissen nichts über das Innenleben von Zanthier und Carlowitz. Ihre Forderung nach einer nachhaltigen Forstpraxis kam doch einem massiven Fehler-Eingeständnis gleich. Sie stellten das Geschäftsmodell ihrer fürstlichen Chefs in Frage. Wie mussten sich die Forst-Pioniere fühlen? Als Nestbeschmutzer, als Whistleblower, als letzter Garant von Reichtum? Was war ihre „Philosophie“? Brauchten sie überhaupt eine? Darüber wissen wir zu wenig. Eines können wir auch so von ihnen übernehmen: Zukunft darf vor der Gegenwart keinen Halt machen. Fängt da nicht das ganze Nachfragen an?